

2012-06-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
am 31.05.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Industriehafen Roßlau GmbH, Industriehafen 3, 06862
Dessau-Roßlau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf
Gebhardt, Udo

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, stellte sich **Herr Wiesel, Leiter der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR GmbH)**, den Anwesenden vor. Eingangs informierte er zum Unternehmen und verwies im Wesentlichen auf die Situation im Unternehmen hinsichtlich Ausbau Kranbahn sowie Gleisanlagen. Aufgrund, dass die Verladung längst nicht mehr nur über die Kaikante sondern auch über die Waggonkante erfolgt, soll der Eisenbahnverkehr weiter ausgebaut werden. Ziel der IHR GmbH sei es künftig die Umschlagsleistung im Bahnverkehr zu erhöhen. Die derzeitige Schifffahrtsleistung sei in Folge der Wasserstände der Elbe sehr verhalten. Aufgrund der Wichtigkeit für die IHR GmbH und der Bezeichnung „trimodaler Standort“ soll der Ausbau der Gleise bevorzugt erfolgen, so **Herr Wiesel**. Der Industriehafen Roßlau gehört zur Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe (SBO) GmbH, die neben Roßlau aus den Häfen Lovosice, Decin, Dresden, Riesa und Torgau besteht. Der Hafen Roßlau wurde 2004 in den Hafenverbund eingebunden. Der Industriehafen Roßlau hat sich primär zu einem Umschlagstandort für Stammholz entwickelt, da es Schüttgüter i. d. S. nicht mehr gibt. Des Weiteren werden momentan ebenfalls große Stahlbleche für die Firma Ambau in Gräfenhainichen und Dessau umgeschlagen, die zur Weiterverarbeitung für die Windkraftindustrie benötigt werden. Das Eintreffen dieser Stahlbleche erfolgt aus China mit dem Schiff sowie aus Polen und Tschechien per Waggon. Um Kosten zu sparen, wird bei Bedarf, aufgrund der Besetzung am Standort Roßlau, zeitweise die Entladung vom Torgauer Hafen personell und mit Werkzeug unterstützt.

Während der anschließenden Betriebsführung wurden die erforderlichen Maßnahmen, wie Verlängerung der Kranbahn und Ausbau der Gleisanlagen, vordergründig erläutert. Die Arbeit erfolgt aufgrund der fehlenden Kranbahn nicht effizient, Waggons müssen unnötig rangiert werden. Die Lager- und Sortierflächen im Hafen können ebenso nur ineffizient genutzt werden, so **Herr Wiesel**.

Nach den Informationen durch Herrn Wiesel und dem Rundgang stellte **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 7 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge vorgebracht, so dass sie durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, in vorliegender Form zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

Die Tagesordnung wurde ungeändert beschlossen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.05.2012

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 03.05.2012 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung, und Tourismus stellte die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 3

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt vom 03.05.2012 wurde ungeändert bestätigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung des Gremiums vom 03.05.2012

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 03.05.2012:

*Entwicklung Gelände Schadebrauerei
Vorlage: DR/BV/456/2011/CDU*

Die Beschlussvorlage wurde zurück gestellt.

*Rahmenvereinbarung mit dem Saarländischen Schwesternverband
Vorlage: DR/BV/127/2012/VI-63*

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

5. Öffentliche Beschlussfassung

5.1 Stadtmarketinggesellschaft Vorlage: DR/BV/169/2012/I-STR

Einführend verwies **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf die längerfristig bestehende Aufgabenstellung zur Konzepterarbeitung zum Aufbau einer Stadtmarketinggesellschaft. In seinen Ausführungen unterstrich er u. a. nochmals, dass ein gezieltes zusammengehörendes strategisches Marketing für die Stadt Dessau-Roßlau dringend erforderlich sei. Der Beschlussvorschlag sei als Prüf- und Arbeitsauftrag an die Stadt Dessau-Roßlau zu verstehen. Hierzu wurde bei Bedarf die Unterstützung aus dem politischen Raum zugesichert.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, begrüßte den Vorstoß. Bezug nehmend auf die in der Vergangenheit bereits erfolgte Recherche erklärte er, dass die Fokussierung einer derartigen Gesellschaft dabei auf bestimmten Themenfeldern liegt. Im Weiteren betonte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass er sich freuen würde, wenn der Wirtschaftsausschuss sich auch die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft auf die Fahnen schreiben würde. Aufgrund des fehlenden Know-hows innerhalb der Verwaltung bei verschiedenen Projekten, sei die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft ebenfalls erforderlich.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, verwies auf die Beschlussfassung zum Aufbau einer Stadtmarketinggesellschaft bereits im Wirtschaftsausschuss im März 2008 sowie auf das 2011 beschlossene Leitbild der Stadt Dessau-Roßlau. **Herr Mau** erklärte in Folge, dass künftig die gefassten Beschlüsse in seiner Umsetzung besser kontrolliert werden sollen.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, merkte an, dass die Problematik darin liegt, Beschlüsse nicht nur zu fassen, sondern auch abgestimmt werden sollte, inwieweit diese Priorität haben und welche nach Maßgabe zurück gestellt werden sollten. Wenn immer wieder nur gesagt wird, was zu erfolgen habe und die Verwaltung kann es nicht leisten, häufen sich die unerledigten Aufgaben. Er kann seinerseits keine Einschätzung geben, was in der Stadtverwaltung geleistet werden kann. Aber Berücksichtigung sollte daneben Personalplanung /-abbau finden, so **Herr Bähr**. Die Prioritäten durch den politischen Raum zu setzen ist eine Aufgabe, aber die Widerspiegelung zu dem, was zu leisten möglich ist, fehlt. Der politische Raum kann dies nicht festlegen, dazu sei die Aufarbeitung seitens der Verwaltung und die entsprechende Transparenz und Verständigung erforderlich.

Herr Schwierz, Fraktion DieLinke.Dessau-Roßlau, schloss sich dem Gesagten an und verwies auf die Aufgabe des Gremiums hinsichtlich der transparenten Begleitung im Zusammenspiel zwischen Wirtschaftsausschuss und Verwaltung.

Bezug nehmend auf die in Folge gesetzten Signale (Mitteilung zur Verlängerung bei Erfüllung von Terminaufgaben) formulierte **Herr Dr. Weber** an **Herrn Beigeordneten Hantusch** die Bitte, dass dies künftig nicht mehr per E-Mail erfolgen sollte. Er brachte hierzu den Vorschlag, sich diesbezüglich in der Sitzung des Gremiums zu verständigen.

Herrn Mau stellte die Anfrage zur E-Mailmitteilung - "Mitarbeit von Frau Luft, Leiterin Stadtmarketing, in Vorbereitung des Sachsen-Anhalt-Tages" und der daraus resultierenden Verzögerung hinsichtlich des Aufbaus einer Stadtmarketinggesellschaft sowie die Mitteilung zur "Reduzierung einzelner Planungsbearbeitungen im Bereich Städtebau/verbindliche Bauleitplanung" aufgrund längerfristiger Erkrankungen.

Auf die Frage, ob Herr Oberbürgermeister Koschig und Frau Bürgermeisterin Nußbeck von diesen Schreiben Kenntnis hatten, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass im Rahmen einer größeren Restrukturierung zwischen der Kollegin Nußbeck und ihm vereinbart wurde, generell bei künftigen Engpässen die Politik über Aufgabenreduzierungen zu informieren. Der Einzelfall wurde nicht kommuniziert.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abschließend gab **Herr Mau** zu Protokoll, dass die Erfüllung des Auftrages zur Konzepterarbeitung zum Aufbau einer Stadtmarketinggesellschaft in vorgegebener Zeitschiene entsprechend kontrolliert werde. Folglich werde der Prüf- und Arbeitsauftrag auf Wiedervorlage im Wirtschaftsausschuss im Dezember 2012 gelegt.

Abstimmungsergebnis: **7 : 0 : 1**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, mehrheitlich bestätigt.

Herr Mau begrüßte **Herrn Mörer, Geschäftsführer der Industriefahen Roßlau GmbH** zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Informationen des Dezernates für Wirtschaft und Stadtentwicklung

6.1.1 Aktueller Sachstand zur Entwicklung im Bereich der Gewerbegebiete Industriefahen Roßlau und DHW Rodleben

Einführend verwies **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, darauf, dass aufgrund der bestehenden Sorge zur Entwicklung der Industriefahen Roßlau GmbH sowie des trimodalen Standortes, die heutige Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Industriefahen Roßlau (IHR) stattfindet. In diesem Zusammenhang sprach **Herr Mau** an Herrn Wiesel noch einmal seinen Dank aus für die Möglichkeit zur Nutzung der Räumlichkeiten sowie die einleitenden ausführlichen Informationen. **Herr Mau** hob die Erfordernisse zur Verlängerung Kranbahn und Ausbau der Gleisanlage hervor und forderte nunmehr den aktuellen Sachstand seitens der Verwaltung.

Bezug nehmend auf das Gespräch zum Thema Biopharmapark und Industriefahen Roßlau mit Herrn Staatssekretär Richter am 25.04.2012 informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Die Fördermittel für die Realisierung von Projekten im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) werde im Land immer knapper. Durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt können nur noch geringe finanzielle Mittel zur Realisierung entsprechender Vorhaben zur Verfügung gestellt werden. Die Spielräume seien hierbei äußerst klein. Zu Beginn des Jahres 2012 erfolgten Neuregelungen zur GRW-Förderung. Aufgrund der gesenkten Förderquoten werden die vorliegenden Fördermittelanträge durch das Wirtschaftsministerium neu bewertet. Die verhandelte Steigerung der Förderung für den BioPharmaPark von 50% auf 60% war dabei der positive Gesprächsaspekt, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Dem entgegen erweist sich die Umsetzung der verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete Industriefahen Roßlau und DHW Rodleben als erheblich schwieriger. Das Projekt setzt sich aus drei Teilprojekten zusammen. Dabei entstehen Gesamtkosten von ca. 11 Mio. EUR. Das Teilprojekt 1 – Ertüchtigung der Gleisinfrastruktur im Gewerbegebiet DHW Rodleben - umfasst Gesamtkosten von ca. 3,2 Mio. EUR.

Die Gesamtkosten für das Teilprojekt 2 - Neuerrichtung des Brückenbauwerkes B104 über die Hafenanchlussbahn – betragen ca. 1,4 Mio. EUR. Für das Teilprojekt 3 – Ertüchtigung und Erweiterung der Infrastruktur im Bereich des Gewerbegebietes Industriehafen Roßlau – liegen die Gesamtkosten bei ca. 6,4 Mio. EUR. Die Stadt Dessau-Roßlau steht nunmehr, aufgrund der gesenkten Förderquote von 90% auf voraussichtlich 60% vor der Aufgabe zu schauen, wie sie die Kosten senken bzw. Projekte straffen könne. Dies erfolgt unter der Maßgabe am Standort des IHR festzuhalten sowie der Sicherung der Arbeitsplätze.

In seinen weiteren Ausführungen zu den eingereichten Fördermittelanträgen und dem entstandenen Kostenaufwuchs bekräftigte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass seitens der Stadt Dessau-Roßlau beim Land der erforderliche Druck aufgemacht wurde, aber eine Beschleunigung der Angelegenheit nicht möglich war.

Sollte es möglich sein, die Sache mit politischer Unterstützung voranbringen zu können, sollte die Chance in jedem Fall nicht ungenutzt bleiben, wendete sich **Herr Beigeordneter Hantusch** an die anwesenden Stadträte.

Die Nachfrage von **Herrn Mau** zum Kostenaufwuchs von anfänglich sieben Millionen Euro auf inzwischen 11 Mio. EUR beantwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Fördermittelanträge wie erläutert, bei der Investitionsbank Sachsen Anhalt vor liegen.

Herr Mau merkte an, das nach seinem Wissen, der Fördermittelantrag bereits seit dem ersten Quartal 2011 bei der Investitionsbank in Magdeburg vorliegt. Nach heutigem Stand wurden wieder neue Erkenntnisse dargestellt. Der Hafen gerate dabei immer mehr in Schwierigkeiten. Er betonte, dass er die Unterstützung der Verwaltung vermisse, speziell aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung und hinterfragte nachdrücklich, woran dies gelegen habe.

Mit der Anmerkung, die Fragen künftig nicht vorwurfsvoll zu formulieren, verwies **Herr Beigeordneter Hantusch** auf die bestätigte Beschlussvorlage DR/BV/106/2011/VI-80, deren Inhalt die Erhöhung des Maßnahmevolumens zur Umsetzung der verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen im Bereich DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau und somit des Fördermittelantrags sei. Des Weiteren erläuterte er die Entwicklung des Projektes von Beginn an. Der Hinweis zur zögerlichen betriebswirtschaftlichen Darstellung seitens der IHR GmbH wurde durch Herrn Mörer so nicht bestätigt. Der Antrag lag dann lange Zeit im Wirtschaftsministerium bis festgestellt wurde, dass seitens des vorherigen Wirtschaftsministers viele Zusagen getroffen wurden, die in Folge so nicht mehr eingehalten werden konnten. Insofern erfolgte im Land, bezüglich Fördermittelverteilung, eine neue Prioritätensetzung, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Ausreichung der Fördermittel erfolge demnach dann in 2013.

Zur Darstellung der Fakten stellte **Herr Dr. Exner, Fraktion der CDU**, als Mitglied des Aufsichtsrates der IHR GmbH den Antrag auf Rederecht für **Herrn Mörer, Geschäftsführer der Industriehafen Roßlau GmbH**. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses stimmten dem Antrag einstimmig zu und Herrn Mörer wurde Rederecht erteilt.

Herr Mörer informierte, dass der Kostenaufwuchs zu keiner Zeit im IHR stattgefunden habe, sondern im Bereich der DHW Rodleben sowie für die Errichtung des Brückenbauwerkes. In seinen Ausführungen stellte er die Kosten zahlenmäßig dar und verwies darauf, dass die ermittelten Kosten für den IHR unverändert und immer gleich blieben. Anfänglich wurde die Verlängerung der Kaimauer für mehr Bewegungsmöglichkeit des Kranes in Aussicht gestellt. Das ca. 1,2 Mio. EUR Projekt sollte seinerzeit aus dem Konjunkturprojekt II realisiert werden. Dann aber wurde die Einzelmaßnahme von der Stadt Dessau-Roßlau in ein Gesamtprojekt von ca. 7 Mio. EUR mit dem Ausbau der Gleisanlage im Bereich der DHW Rodleben eingebunden. Er hoffe auf einen zeitnahen Beginn, zumindest für die Realisierung des ca. 1,2 Mio. EUR Projektes im Industriehafen Roßlau, so **Herr Mörer** abschließend.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, fragte an, ob die Antragstellung für die Teilprojekte insgesamt oder in einer möglichen Scheibchenlösung erfolgt und welche Möglichkeit zum grundsätzlichen Erhalt eines Fördermittelbescheides existiert. Aus seiner Sicht besteht seitens der Verwaltung die Aufgabe, eine Klärung bezüglich der Förderhöhe und Projektauswahl herbei zu führen.

Auf die Frage von Herrn Bähr erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die bisherige Entwicklung des Projektvorhabens zu einem trimodalen Standort - von der Idee, über die Planung bis hin zum Investitionsvorhaben – sowie die Betrachtung im Globalen. Gleichermaßen wird auch das Wirtschaftsministerium das Gesamtprojekt prüfen. Der Auftrag der Stadt Dessau-Roßlau sei die Entwicklung eines schlüssigen Konzeptes. Die Aufgabe sei schwierig aber interessant, so **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, verwies darauf, dass bei der Beschlussfassung im Stadtrat im vergangenen Jahr Eile geboten war, um die Fördermittel noch rechtzeitig abrufen zu können. Des Weiteren war seinerseits das Interesse zu erfahren, warum die Stadt Dessau-Roßlau die Fördermittel nicht erhalten habe und ob die Gründe dafür bei der Stadt oder beim Wirtschaftsministerium in Magdeburg liegen. Zur Erfüllung der vorgenannten Aufgabe sollte demnach die Angabe von Terminketten erfolgen.

Auf die Frage von Herrn Glathe bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**, die Bedeutung der Kontakte zum Wirtschaftsministerium. Somit erhielt er die Information zur Senkung der Fördermittel. Aufgrund, dass die Fördermittel geringer werden würden, versuchte er Druck zu machen. Dies habe aber nicht ausgereicht, weil dann mehr oder weniger ein Bearbeitungsstopp der Förderanträge erfolgte. Danach wurde die Förderrichtlinie überarbeitet, die dann im Februar 2012, vorlag und wieder wurde seinerseits Druck aufgemacht, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Im Weiteren folgte dann das Gespräch, wie eingangs bereits erwähnt, im Wirtschaftsministerium. Im Ergebnis steht die Aufgabe zur Erarbeitung eines schlüssigen Konzeptes.

Herr Dr. Exner unterstützte die Aussage von Herrn Glathe zur Aufstellung eines Zeitplanes. Aufgrund der Unbeweglichkeit des Krans werden seit Jahren in der IHR um den präzisen Einsatz des Personals und zur Vermeidung von Kostensteigerungen gekämpft. Des Weiteren sei für ihn unverständlich, dass Beschlussvorlagen im Mehrjahrestakt zur Beschlussfassung eingebracht werden und es dann aber an der Durchsetzung fehle. So könne der Hafen betriebswirtschaftlich gesehen, nicht in vernünftige schwarze Zahlen kommen. Das Konzept des Hafens verlangt die Umsetzung bis zum Jahr 2019, betonte **Herr Dr. Exner**.

Den Vorwurf an die Verwaltung, nichts in dieser Angelegenheit unternommen zu haben, wies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, zurück und erklärte nochmals nachdrücklich, dass aufgrund der Fördermittelüberzeichnung im Land ein Abstimmungsprozess mit der IHK, Handwerkskammer und Wirtschaftsförderungsgesellschaft erfolgte. Er betonte, dass seitens der Stadtverwaltung keine Beschleunigung in der Angelegenheit möglich gewesen sei.

Herr Mau merkte an, das nach seiner Information der Stand im Januar 2012 nicht so gewesen sein soll. Im Weiteren bot er politische Unterstützung an und verwies darauf, im Ministerium nachzufragen um zu erfahren, welche Unterstützung die Verwaltung zur Beschleunigung erhalten kann.

Auf die Verständnisfrage von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, hinsichtlich der Ausreichung der Fördermittel für den BioPharmaPark in 2013 bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Ausreichung der Fördermittel frühestens in 2013 erfolgt und dies für beide Projekte gilt. Der Rahmen für das Jahr 2012 sei bereits ausgeschöpft.

Auf Nachfrage von **Herrn Dreibrod, Fraktion der SPD**, erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Fördermittel erheblich überzeichnet seien und das Wirtschaftsministerium darauf hin reagieren musste. Ergänzend erklärte **Herr Bähr** die Verfahrensweise zur Fördermittelausreichung.

Herr Dr. Exner richtete an **Herrn Beigeordneter Hantusch** die Bitte - bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung am 14.06.2012 - um Aufschlüsselung der bisher getätigten Schritte, seit Beschluss im Stadtrat im September 2011, um die Problematik nach vorn zu bringen sowie die zeitliche Konkretisierung zum weiteren Verlauf.

Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum, schloss sich der Bitte von Herrn Dr. Exner an, um einfach nachvollziehen zu können was bisher in dieser Angelegenheit unternommen wurde. Wenn man über solche Problematiken spricht, sollte immer konkret dargestellt werden, was - wann - wie - abgelaufen ist. Ansonsten komme man bei gegenseitiger Schuldzuweisung nicht weiter. Der Vorgang muss einfach konkreter auf den Tisch, so **Herr Hofmeister**. Ergänzend hierzu bat **Herr Mau** um ausdrückliche Protokollierung.

Auf die Frage von **Herrn Mau** zu den Wünschen der IHR GmbH im Zusammenhang des aktuellen Sachstandes, nannte **Herr Mörer** abschließend, den zeitnahen Ausbau der Kranbahn, um effizienter arbeiten zu können. Er bezeichnete diesen wichtigen Schritt als einen sinnvollen Anfang und hofft auf ein baldiges Signal in diese Richtung.

6.1.2 Aktuelle Informationen zum Stand der Erschließungsmaßnahmen am BioPharmaPark Dessau

Der Bitte von **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** entsprechend, fasste **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die aktuellen Informationen zum Stand der Erschließungsmaßnahmen am BioPharmaPark Dessau zusammen. Die Erhöhung der Förderquote auf 60% und ein vorzeitiger Maßnahmebeginn wurden aufgrund der Gesprächsführung im Wirtschaftsministerium erreicht. Derzeitig befindet sich die Stadt Dessau-Roßlau in Vertragsabstimmung mit dem BioPharmaPark. Die Ausschreibung soll noch in diesem Jahr erfolgen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, informierte über ein Gespräch mit einem Unternehmensberater/Investor, welcher ihm sagte, dass nach seiner Einschätzung Ansiedlungen aufgrund der bestehenden Zerrissenheit in der Stadt Dessau-Roßlau nicht zu erwarten seien. Im Weiteren sprach der Unternehmensberater/Investor die monatliche Forderung seitens einer politischen Gruppierung zum Rücktritt des Dezernenten für Wirtschaft und Stadtentwicklung an. Herr Beigeordneter Hantusch richtete seine Worte an Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit dem Verweis auf die negativen Folgen. Herr Beigeordneter Hantusch appellierte an Herrn Mau, bei all seinen Aversionen, dabei an die Stadt zu denken. Die operative Arbeit des Wirtschaftsdezernenten werde dadurch erheblich erschwert bis unmöglich gemacht.

Hierzu erfolgte die Erwiderung von **Herrn Mau**, als Moderator des Gremiums, dass Herr Beigeordneter Hantusch als politisch gewählter Beamter Zielformulierungen abgegeben habe, was er in seiner Amtszeit, die sich in der Mitte seiner Wahlperiode befindet, erreichen wollte. Auf die Wirtschaftsförderung in das Jahr 2011 zurückblickend, stellte er die Frage nach dem bisher Erreichten und nahm Bezug auf erfolgte Ansiedlungen in 2011. **Herr Mau** sprach konkret von der Ansiedlung der Firma Wetzel, Oberflächentechnik. Herr Wetzel kenne Herrn Beigeordneten Hantusch nicht einmal persönlich, sagte **Herr Mau**.

Hierzu wiederholte **Herr Mau** seine Anfrage vom November 2011 zur Auflistung der von Herrn Beigeordneten Hantusch angesiedelten wirtschaftlichen Unternehmen bis zur nächsten Stadtratssitzung am 06.06.2012. Dies sei eine Sache, die die Stadt auch nach außen transparent macht und der Unterstützung der Wirtschaft dient und so gefordert/gewollt sei, so **Herr Mau**.

Herr Beigeordneter Hantusch sprach Herrn Mau in diesem Zusammenhang auf seine derartige Verantwortung an, als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und führte im Vergleich das Zusammenspiel zwischen ihm und dem Vorsitzenden des Bauausschusses an.

Auf die Bitte von Herrn Beigeordneten Hantusch, in sich zu gehen und über sein Verhalten nachzudenken, vertrat **Herr Mau** die Ansicht, dass es die Sache und das Recht eines jeden Ausschussmitgliedes sei, politische Fragen zu stellen

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, brachte sein Bedauern zum Verhalten, im Speziellen zur Fraktion der CDU, zum Ausdruck. Hierbei gab er zu Protokoll, dass die CDU leider immer noch nicht verwunden hat, bei der Dezernentenwahl nicht zum Zuge gekommen zu sein.

Nach dem Austausch von weiteren Meinungen forderte **Herr Schwierz, Fraktion DieLinke.Dessau-Roßlau**, die Fortsetzung in der Tagesordnung. Das Gremium soll durch seine Sacharbeit und nicht durch Vorwürfe in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Er appellierte besonders an die Verantwortung und das Zusammenwirken des Vorsitzenden des Ausschusses sowie des Dezernenten für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Den Aufgaben des Wirtschaftsausschusses, als beschließendes Gremium, sollte mit sachlicher Arbeit Rechnung getragen werden. In sachlicher Diskussion sollte versucht werden, im Sinne der Stadt und für ihre Bürger zu argumentieren.

Herr Dr. Exner, Fraktion der CDU, erklärte, dass die Stadt darunter leidet, dass effektive Wirtschaftsförderung nicht stattfindet. Gemeinsam muss geschaut werden, dass nicht nur ein Projekt nach dem anderen begonnen werde, sondern die Stadt Dessau-Roßlau und die Politik müssen gemeinsam handeln.

Die Nachfrage von **Herrn Mau** zum Aushang der internen Ausschreibung der Stelle eines/einer Projektleiter/in Wirtschaftsförderung bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Des Weiteren teilte er auf die Frage mit, ob bereits Bewerbungen vorliegen, dass sich auf diese Stelle niemand beworben habe – er darüber sehr traurig sei aber dies fast vermutet habe. Bei der Ausschreibung der Stelle des/der Projektleiters/in handele es sich um eine hochkomplexe Stelle aber nicht um die Stelle der Amtsleitung, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Übergangsweise sollte der/die Projektleiter/in kommissarisch die Aufgaben der Amtsleitung übernehmen. Es bestehen erhebliche Probleme in der Stadt Dessau-Roßlau bei der internen Besetzung bestimmter Stellen. Diese Stellenbesetzung erfordert nicht unbedingt jemanden direkt aus der Wirtschaftsförderung, sondern die Person sollte über erhebliche Managementenerfahrung verfügen. Wichtig sei, dass er mit demjenigen gut zusammenarbeiten könne. Die Entscheidung zur weiteren Verfahrensweise sei noch unklar. In Gesamtsicht auf die Stadt Dessau-Roßlau erfordert dies in Folge eine dringende Personalentwicklung, so **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, fragte an, ob darüber nachgedacht wurde, externe Agenturen zur Eruiierung von Personal einzubeziehen.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, merkte an, dass man für die Lösung der Personalprobleme im Rathaus ein positives Betriebsklima braucht, damit die Leute gern und angstfrei arbeiten.

Auf die Nachfragen von **Herrn Dreibrodt** zur Einrichtung einer Stabsstelle Bauhaus, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch** die Sachlage hinführend zur Bildung einer Arbeitsgruppe.

Des Weiteren erfolgten auf Nachfrage von Herrn Dreibrodth durch **Herrn Beigeordneten Hantusch** Informationen zum Bauvorhaben des Saarländischen Schwesternverbandes in Hinsicht Errichtung Altenpflegeheim in der Feldstraße.

Für den Tourismus erfolgte durch **Herrn Mau** der Hinweis und die Bitte an die Verwaltung, dass nach der Fertigstellung des Straßen- und Brückenbaus im Eingangsbereich Stadtteil Roßlau bisher versäumt wurde, die Informationstafeln wieder mit einem Stadtplan zu versehen.

Zum Thema Friedensbrücke fragte **Herrn Glathe** an, welche Unternehmungen zur Verbesserung der bestehenden Situation noch vorgenommen werden können.

Bezug nehmend auf das Gespräch mit der IHK am 22.05.2012 informierte **Herrn Beigeordneter Hantusch**, dass alle Optimierungsmöglichkeiten ausgereizt sind und eine Einflussnahme aufgrund bestimmter erforderlicher Planungsabläufe nicht mehr möglich sei.

Ergänzend erklärte **Herrn Mau**, dass er bei diesem Gespräch dabei gewesen sei. Das Gespräch verlief sachlich und in konstruktiver Runde. Man habe versucht, entsprechende Gedankengänge in die Überlegungen mit einzubringen, die von den Akteuren wohlwollend aufgenommen wurden. Im Gesprächsergebnis wurde die reale Situation eingeschätzt und entsprechend erläutert.

Auf die Nachfrage von **Herrn Mau** zum Stand der Errichtung eines geplanten Bildungszentrums seitens der Hochschule Anhalt, Bereich Membrantechnologie, Prof. Off, informierte **Herrn Beigeordneter Hantusch**, dass das Projekt aufgrund von Problemen mit dem Wirtschaftsministerium nicht zustande gekommen sei und seitens der Hochschule aufgegeben wurde.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, um 19:30 Uhr geschlossen.

Dessau, 06.07.12

Hans-Joachim Mau
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und
Tourismus

i. A. K. Tschirner
Schriftführerin